



## **Stellungnahme der Bundesärztekammer**

zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für eine  
Verordnung zur Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte

Berlin, 11.12.2024

Korrespondenzadresse:

Bundesärztekammer  
Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

Die Bundesärztekammer begrüßt die Zielsetzung, den Zugang zu einer zielgerichteten, flächendeckenden und niedrighschwelligem psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung insbesondere für vulnerable Patientengruppen zu erleichtern. Gerade auch für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen oder sozialer Benachteiligung aufgrund eines erheblich eingeschränkten Funktionsniveaus besteht aus Sicht der Bundesärztekammer Handlungsbedarf.

Für diese Patientengruppen ist eine vernetzte, multiprofessionelle Versorgung oft von besonderer Bedeutung. Deswegen unterstützt die Bundesärztekammer die im Entwurf vorgesehene Kooperation mit spezialisierten Einrichtungen wie sozialpädiatrischen Zentren medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung (MZEB) oder schweren Mehrfachbehinderungen oder Einrichtungen der Suchthilfe.

Um sicherzustellen, dass diese erweiterten Angebote nachhaltig und qualitativ hochwertig umgesetzt werden können, ist es allerdings unverzichtbar, die erbrachten Leistungen tatsächlich zusätzlich zu vergüten. Andernfalls besteht auch die Gefahr, dass die geplanten Maßnahmen zu Lasten der Versorgung anderer Patientengruppen gehen. Auch die als Kooperationspartner genannten MZEB und sozialpädiatrischen Zentren sind so auskömmlich zu finanzieren, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können und die dafür erforderliche personelle Besetzung ermöglicht wird.

Ungeachtet dessen ist eine umfassende Stärkung der vorhandenen Strukturen erforderlich. Dazu gehört auch eine strukturelle Stärkung von Praxen bzw. MVZ in ihren Möglichkeiten zur Versorgung der im Referentenentwurf genannten Patientengruppen.

Dieser umfassende Ansatz ist aus Sicht der Bundesärztekammer erforderlich, um die Ziele der Verordnung – ein besserer und gerechterer Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung – tatsächlich zu erreichen.